

Titel

# Fehlstart für die Einheitskrankenkasse. Skepsis vor allem in der deutschsprachigen Schweiz

Erster Bericht zu "Einheitskrankenkasse im Trend" für die SRG SSR idée suisse, erstellt durch gfs.bern

Projektteam:

Claude Longchamp, Politikwissenschaftler

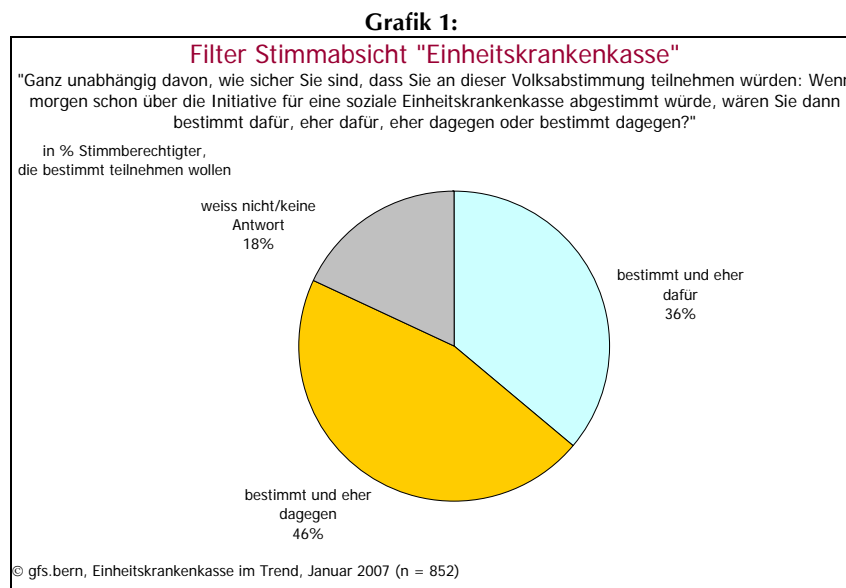
Bianca Rousselot, Politikwissenschaftlerin

Silvia Ratelband-Pally, Administratorin



## Headlines

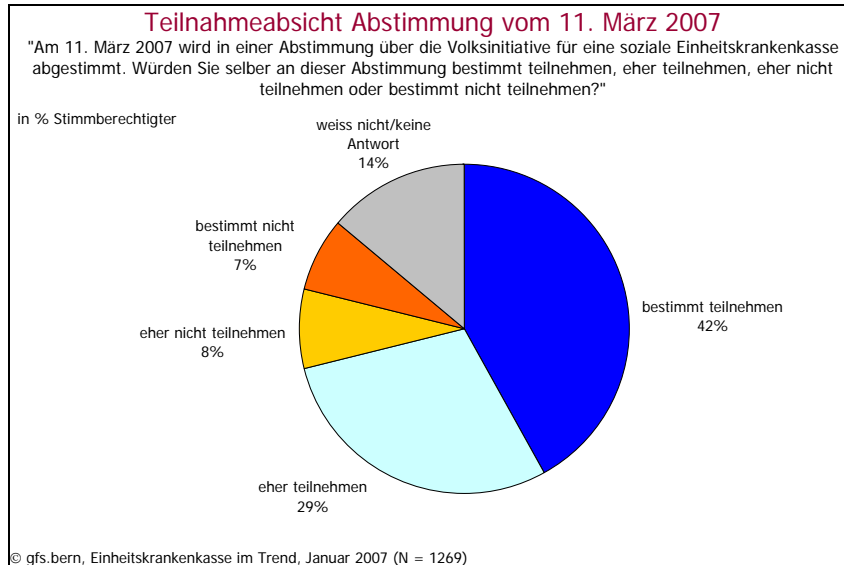
Wäre letzte Woche über die Volksinitiative "Einheitskrankenkasse" entschieden worden, hätten 36 Prozent für die Vorlage votiert, und es wären 46 Prozent dagegen gewesen. 18 Prozent der beteiligungswilligen BürgerInnen hätten sich nicht festlegen können. An der Entscheidung beteiligt hätten sich 42 Prozent der stimmberechtigten Personen. Das sind die Hauptergebnisse der ersten Trendumfrage von SRG SSR idée suisse zur Meinungsbildung bei der "Einheitskasse", über die am 11. März 2007 in einer Volksabstimmung entschieden wird. Erstellt wurde die Umfrage durch das Forschungsinstitut gfs.bern, das hierzu zwischen dem 22. und 27. Januar 2007 1269 repräsentativ ausgewählte Personen mit Stimmrecht in der ganzen Schweiz befragt hat.



## Die vorläufigen Teilnahmeabsichten

Ende Januar 2007 hätten sich 42 Prozent der stimmberechtigten Personen an der Entscheidung beteiligt. Würde der Wert bis zum Abstimmungstag konstant bleiben, wäre das eine mittlere Beteiligung. Da die Meinungsbildung aber erst eingesetzt hat, kann eher von einer Zu- als Abnahme in den nächsten Wochen ausgegangen werden. Das deutet auf eine schliesslich eher überdurchschnittliche Beteiligung an der Volksabstimmung vom 11. März 2007 hin.

**Grafik 2:**



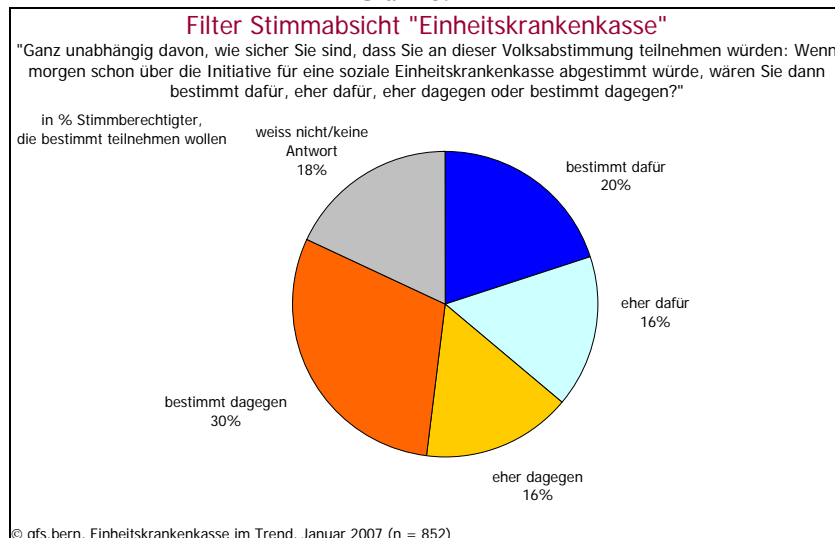
Die wichtigsten Unterschiede in der Teilnahmebereitschaft finden sich entlang der Sprachregionen und der Siedlungsart. In den grossen Städten und Agglomerationen ist die Beteiligungsbereitschaft am grössten; das gilt auch für die Romandie. Klar unter dem Mittel ist sie in der italienischsprachigen Schweiz.

Ferner finden sich, wie üblich, Unterschiede entlang der Schicht. Je höher die Schulbildung und/oder das Haushaltseinkommen, desto ausgeprägter will man an der Entscheidung teilnehmen.

## Die vorläufigen Stimmabsichten

Stellt man nur auf jene ab, deren Stimme einmal zählen wird, das heisst auf BürgerInnen mit einer gefestigten Beteiligungsabsicht, dann sind 20 Prozent bestimmt für die Volksinitiative und weitere 16 Prozent eher dafür. Bestimmt dagegen sind 30 Prozent, während zusätzliche 16 Prozent eher "Nein" votieren würden.

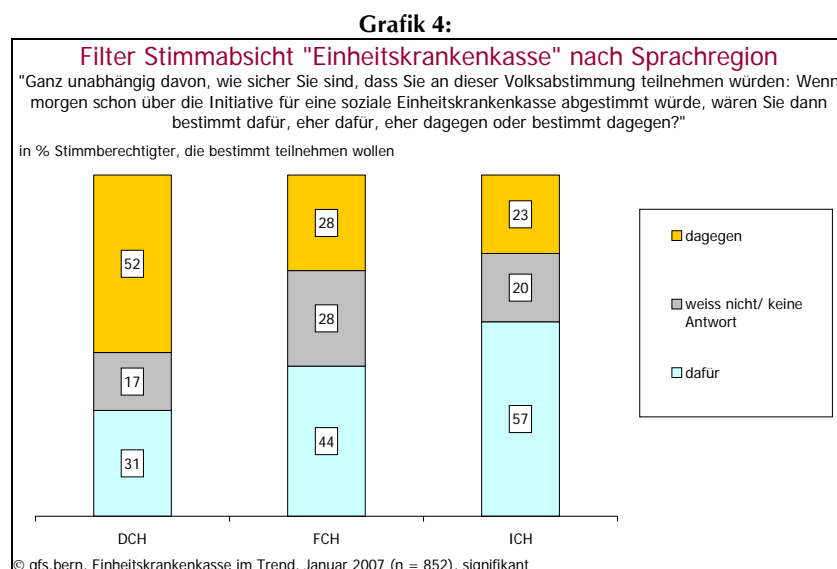
**Grafik 3:**



Die Nein-Seite führt damit, selbst wenn es keine eindeutige Mehrheit dagegen gibt. Immerhin ist eine relative Mehrheit zum jetzigen Zeitpunkt negativ zur Einheitskrankenkasse disponiert. Für eine Initiative ist das eine schlechte Ausgangslage, denn in der Regel führt zu Beginn eines Abstimmungskampfes die Ja-Seite. Das ist diesmal nicht der Fall: Für ein "Ja" zur Einheitskrankenkasse steht auch zu Beginn der Meinungsbildung nur eine Minderheit der teilnahmewilligen Stimmberechtigten. Zwar ist mit den unentschiedenen BürgerInnen, die sich beteiligen würden, an sich noch genug Spielraum für eine andere Mehrheit vorhanden, doch ist die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit Meinungsbildungsprozessen bei Volksinitiativen recht gering.

## Das vorläufige Konfliktmuster

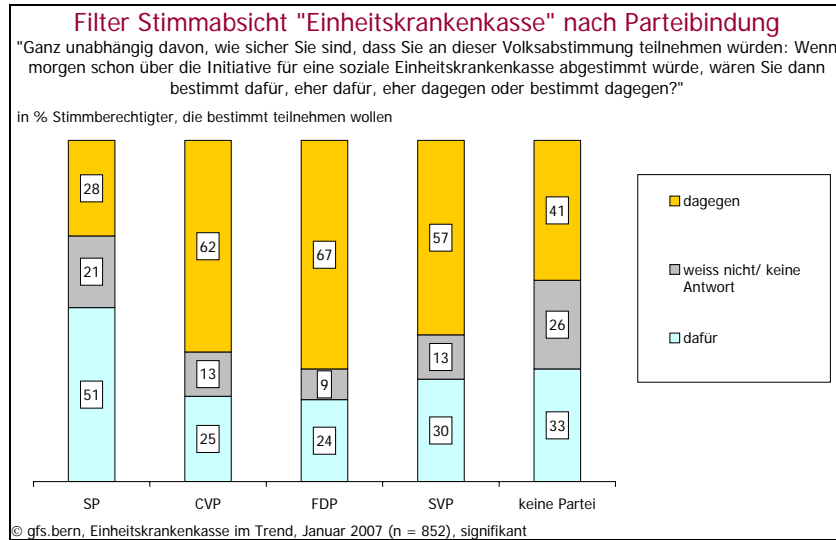
Das vorläufige Konfliktmuster bei der "Einheitskrankenkasse" kennt in erster Linie sprachregionale und parteipolitische Unterschiede. Es kommen noch Differenzierung der Stimmabsichten nach Haushaltseinkommen, Alter und Geschlecht hinzu. Nicht systematisch signifikant ist die Stadt/Land-Differenz.



Die höchste Zustimmungsabsicht kennt die Einheitskasse in der italienischsprachigen Schweiz. Hier ist sie gegenwärtig mehrheitlich vorhanden. An zweiter Stelle folgt die Romandie, wo die momentane Zustimmungstendenz stärker ist als die Ablehnungsbereitschaft. Umgekehrtes findet sich dagegen in der deutschsprachigen Schweiz. Die Ablehnungstendenz ist hier mehrheitlich vorhanden; sie ist eindeutig stärker als die Bereitschaft, mit "Ja" zu stimmen.

Bemerkenswert ist der relativ hohe Anteil unentschiedener BürgerInnen mit Teilnahmeabsicht in der Romandie. Er verweist darauf, dass das Anliegen nicht auf die Schnelle beurteilt wird, sondern eher etwas verunsichert wahrgenommen und reflektiert wird.

**Grafik 5:**



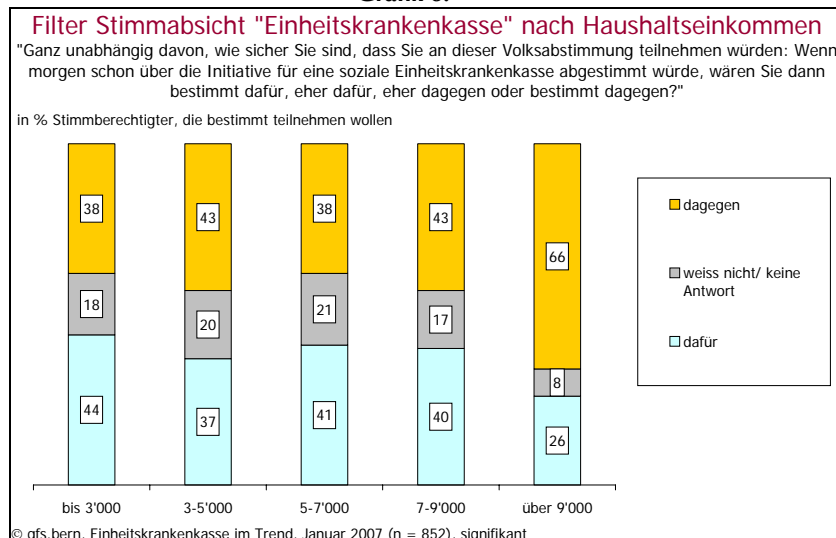
Bezogen auf die Parteiwählerschaften ergibt sich eine recht klare Zweiteilung zwischen der SP einerseits und den bürgerlichen Parteien andererseits. Die Polarisierung verläuft hier demnach so, wie es auch die Parteiparolen suggerieren.

Am klarsten ist die Ablehnungstendenz bei der FDP, wo heute 67 Prozent nein sagen; es folgt die CVP mit einem Anteil aktuell Verwerfender von 62 Prozent, während dieser bei der SVP 57 Prozent beträgt. Ausgedrückt in Ja-Anteil ergeben sich 24 Prozent Zustimmungsbereitschaft an der FDP-Basis. 25 Prozent bei den CVP-Anhängern und 30 Prozent bei der SVP-Anhängerschaft.

Umgekehrtes findet sich bei der SP. 51 Prozent würden hier und heute der Einheitskrankenkasse zustimmen, während sie von 28 Prozent verworfen würde. Auch hier ist der Anteil Unschlüssiger mit 21 Prozent relativ hoch.

Die parteipolitisch ungebundenen BürgerInnen stehen zwischen den beiden Polen. Beim Ja-Anteil stehen sie aber dem bürgerlichen Lager näher. Hier ist der Anteil, der sich nicht festgelegt hat, mit 26 Prozent am grössten.

**Grafik 6:**



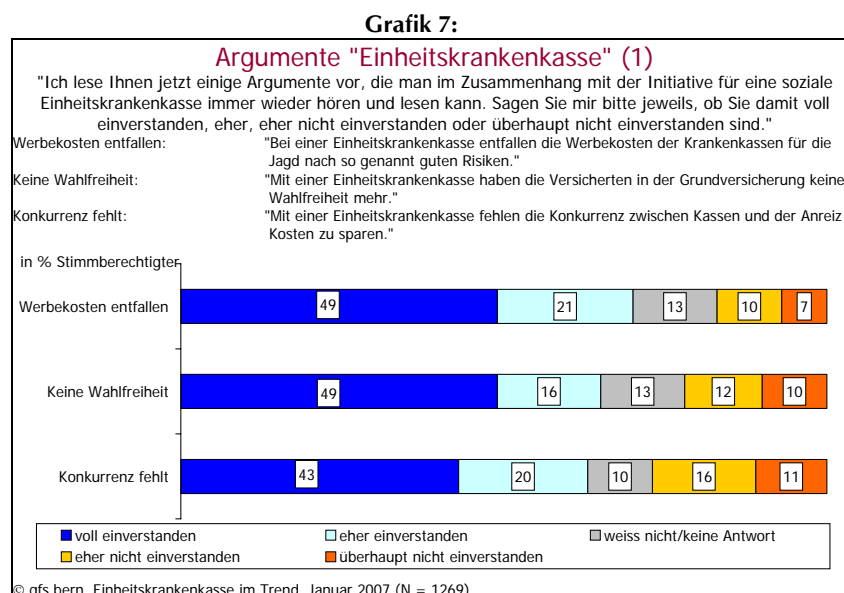
Bezogen auf das Haushaltseinkommen kann man festhalten, dass die Zustimmungsbereitschaft umso höher ausfällt, je geringer das Haushaltseinkommen ist. Es gilt: Menschen, die über viel Einkommen in ihrem Haushalt verfügen, sehen den Sinn einer Einheitskrankenkassen signifikant weniger stark ein. Sie wollen sogar verstärkt ablehnen, was insbesondere bei der obersten Einkommensklasse mit einem Nein-Anteil von zwei Drittel klar zum Ausdruck kommt.

Darin spiegeln sich vor allem Interessenlagen. Eine Anpassung der Krankenkassenprämien direkt ans Einkommen (oder Vermögen) bringt eine Umverteilung von Lasten von unten nach oben mit sich. Entsprechend verteilen sich Zustimmungs- und Ablehnungsbereitschaften.

Schwach, aber vorhanden sind Differenzierungen der Stimmabsichten nach Alter und Geschlecht. Ältere Menschen wollen eher gegen die Initiative stimmen als jüngere, und Frauen sind auffällig unschlüssiger als Männer.

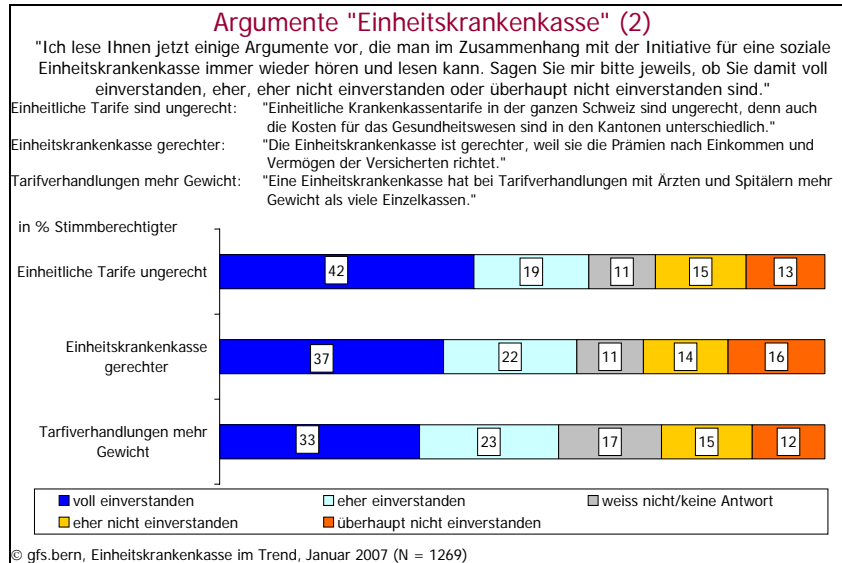
## Der Argumententest

Das gegenwärtig populärste Argument zur Volksinitiative betrifft die Werbekosten. 7 von 10 der von uns befragten Stimmberechtigten sind der Meinung, dass diese wegfallen würden, wenn man eine Einheitskrankenkasse hätte; so liesse sich auch die Jagd nach so genannten guten Risiken unterbinden. Widerspruch erntet diese Aussage nur gerade bei 17 Prozent der Befragten.



Fast ebenso gross ist das Einverständnis mit der gegnerischen Botschaft, dass die Wahlfreiheit mit der Einheitskrankenkasse verschwinden würde. 65 Prozent gingen mit unserer Vorgabe im Interview einig. Den fehlenden Wettbewerb bei Annahme der Initiative halten mit 63 Prozent fast gleich viele Befragte fest.

Grafik 8:

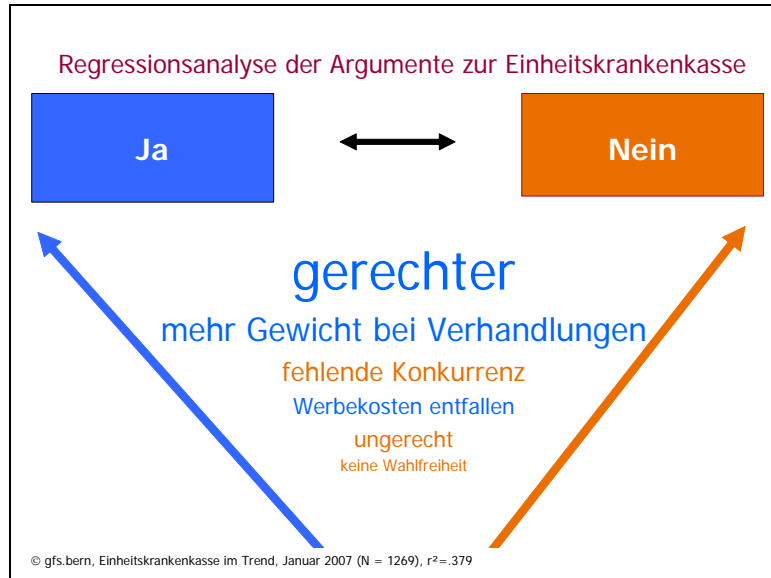


Die Frage, welches System in der Krankenversicherung gerecht ist, polarisiert schon deutlicher. 30 Prozent finden den Vorschlag der Initianten ungerecht. Die Prämiengestaltung nach Einkommen entspricht nicht ihrer Vorstellung. Ganz damit einverstanden sind 37 Prozent, weitere 22 Prozent neigen dazu. 28 Prozent wieder schliessen sich der Nein-Seite an, dass einheitliche Tarife bei ungleichen Kosten in den Kantonen ungerecht seien. 42 Prozent sind hier ganz auf der Ja-Seite, weitere 22 Prozent eher.

Ob eine Einheitskrankenkasse bei Tarifverhandlungen besser oder schlechter sei, können unsere Befragten am wenigsten beurteilen. Hier äussern sich 17 Prozent nicht; es neigt eine Mehrheit aber zu Ja.

Auf der Argumentenebene kann man folgern, dass alle getesteten Botschaften der beiden Seiten gehört und überlegt werden. Das spricht für eine hohe Sensibilität für die mit der Initiative angesprochene Thematik. In der Sache geht es klar um Prinzipien und um Gerechtigkeit. Es stossen zwei Sichtweisen recht frontal aufeinander: Einmal zu den Vor- und Nachteilen einer Einheitskrankenkasse zum jetzigen System, sodann zur Frage, was sozial resp. eigenverantwortlich sinnvoll ist. Hier wird zwischen dem Status quo und einer Einheitsprämie verglichen, was in den Kantonen mit einer bisher unterdurchschnittlichen Belastung zu einer verstärkten Ablehnung der Initiative führt.

Grafik 9:



Die Meinungsbildung ist noch nicht abgeschlossen. Dafür spricht, dass mit unseren 6 Argumenten erst 40 Prozent der Entscheidungen begründet werden können. Stellt man auf diese Minderheit ab, ist die Gerechtigkeitsfrage entscheidend. Überbewerten sollte man das indessen nicht: Aus Erfahrung wissen wir, dass erst bei etwa 60prozentiger Erklärung der Stimmabsichten die Wirkung von Argumenten zweifelsfrei bestimmt werden kann. Gegenwärtig gilt: Die verbindliche Meinungsbildung zur Initiative ist eben erst angelaufen; es bleibt noch einiges an Zeit und an Spielraum, um vorläufige Stimmabsichten zu verstärken und vorhandene Unsicherheiten aus dem Weg zu räumen.

## Erste Bilanz

Der Abstimmungskampf zur Volksinitiative "Einheitskrankenkasse" hat eingesetzt. In der ersten unserer Befragungen widerspiegelt sich das in einer vergleichsweise überdurchschnittlichen Beteiligungsabsicht, vor allem in der Romandie und in den grossen Agglomerationen. Sie ist aber bei weitem nicht abgeschlossen. Ganz ohne Stimmabsichten sind zwar nur noch 18 Prozent; doch haben sich 32 Prozent erst teilweise festgelegt. Eindeutig entschieden ist nach eigenen Angaben die Hälfte der teilnahmewilligen BürgerInnen. Dafür spricht auch, dass die Aufmerksamkeit für die Botschaften, die im Abstimmungskampf gesetzt werden, hoch ist, die Meinungsbildung aber noch nicht abschliessend gemacht wurde. Erst etwa 40 Prozent der teilnahmewilligen Bürgerschaft kann aufgrund der 6 ausgewählten Botschaften des Abstimmungskampfes eindeutig der Ja- oder Nein-Seite zugeordnet werden.

Stellt man indessen auf die vorläufige und noch wenig verbindliche Meinungsbildung ab, neigen aber mehr Beteiligungswillige zu einem Nein als zu einem Ja.

Für eine Volksinitiative ist gerade das eine schlechte Ausgangslage. In der Regel gelingt es bei Volksbegehren der Nein-Seite während des Abstimmungskampfes besser als der Ja-Seite, Unentschiedene für sich zu gewinnen. Das hat damit zu tun, dass es einfacher ist, gegen etwas Neues zu argumentieren als dafür.

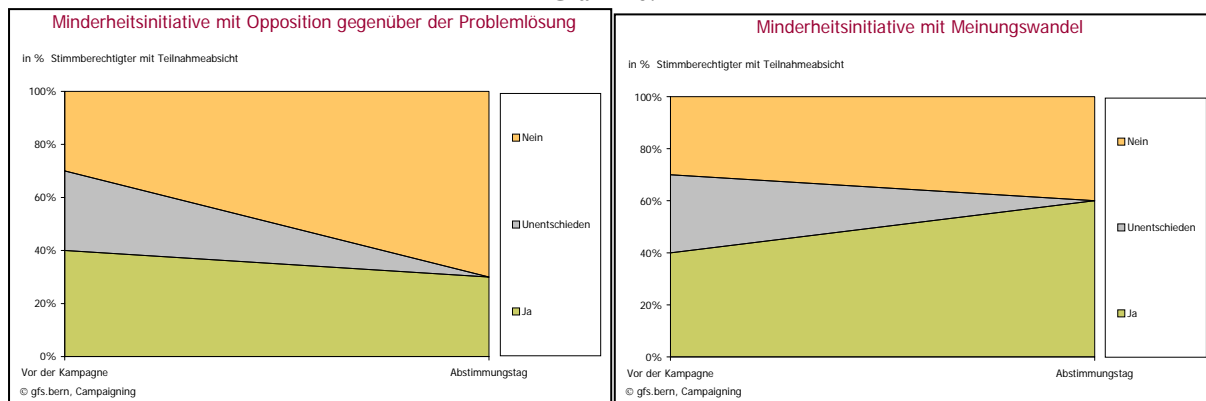
Auf die festgehaltene Ausgangslage angewendet spricht dies eher für eine Ablehnung als für eine Zustimmung.

Bezieht man sich auf das Konfliktmuster, wie es vorerst in den Stimmabsichten ersichtlich wird, findet man einige Hinweise auf ein Links/Rechts-Profil: Die vorläufigen Entscheidungen an der Basis der rot-grünen resp. der bürgerlichen Parteien fallen, wie es auch die Parolen nahelegen, unterschiedlich aus. Parteiungebundene können noch nicht eindeutig einer Seite zugerechnet werden, tendieren aber aus Erfahrung eher ins Nein-Lager. Für die Profilierung des Konfliktmusters spricht auch der Gegensatz zwischen lateinischer und deutschsprachiger Schweiz.

Allerdings fällt auf, dass die Unterschiede nicht überall dem erwartbaren Links/Rechts-Muster folgen. So ist der Stadt/Land-Gegensatz nicht signifikant. Es gilt auch, dass in der Romandie, bei den Frauen und an der Basis der SP die Verunsicherung überdurchschnittlich ist. Zudem sind die oberen Mittelschichten, sonst eher auf der linken Seite, diesmal eher im Nein-Lager.

Argumentativ ist die Entscheidung, wie angetönt, noch nicht gefallen. Zwar hat die Ja-Seite das populärste Argument auf ihrer Seite. Es betrifft die Werbeausgaben der jetzigen Krankenversicherer, die wegfallen würden. Doch fällt auf, dass alle Argumente mehrheitlich geteilt werden. Dies spricht für eine abwartende Position im Abstimmungskampf, indem das wirksamste Argument noch nicht bestimmt ist.

Grafik 10:



Was kommt? Die Einheitskrankenkasse startet anders als die meisten Volksbegehren nicht mit einem klaren Sympathievorsprung. Das hat mit dem indizierten Fehlstart zu tun. Wir klassieren die Entscheidung demnach nicht zu den potenziell mehrheitsfähigen Anliegen. Was die Meinungsbildung bis zum Abstimmungstag betrifft, kann man nur auf Erfahrungswerte bei anderen Kampagnen verweisen. Demnach ist es für die Nein-Seite bei Volksinitiativen eher einfacher als für das Ja-Lager, unschlussige Personen auf ihre Seite zu ziehen. Das würde für einen Nein-Aufbau in den kommenden Wochen sprechen. Das ist die wahrscheinlichere Erwartung für die kommende Meinungsbildung; es bleibt aber nur eine Hypothese.

# Synthese

## ***These 1:***

Das Interesse an der Entscheidung ist für den Zeitpunkt der Befragung über dem Mittel. Die Aufmerksamkeit für das Thema ist gegeben.

## ***These 2:***

Die Meinungsbildung hat eingesetzt; sie ist sicher noch nicht abgeschlossen. Erst die Hälfte der Teilnehmewilligen hat eine gefestigte Stimmabsicht.

## ***These 3:***

Die relative Mehrheit der teilnehmewilligen BürgerInnen neigt zur Ablehnung der Vorlage; eine Minderheit neigt zum Ja. Für eine Volksinitiative zu Beginn einer Kampagne ist das eine schlechte Ausgangslage.

## ***These 4:***

Die Meinungsbildung zu den Botschaften der Kampagne hat eben erst eingesetzt. Mehr als die Hälfte der Entscheidungen ist damit noch nicht erklärbar. Polarisierend wirken Fragen der generellen Ausrichtung des Systems und der Gerechtigkeit.

# Das gfs.bern Team

[identitär]



**CLAUDE LONGCHAMP**

Politikwissenschaftler,  
Institutsleiter, Verwaltungsrat  
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,  
Parteien, Europäische Integration,  
Technologienpolitik, politische Kultur und  
politische Kommunikation, Geschichte  
und Methoden der Demoskopie.

[identitär]



**BIANCA ROUSSELOT**

Politikwissenschaftlerin, Projektassistentin  
Schwerpunkte: Statistische Datenanalyse,  
Visualisierungen, Text Editing,  
Übersetzungen.

[identitär]



**SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY**

Administratorin  
Schwerpunkte: Desktop-Publishing,  
Visualisierungen, Projektadministration,  
Vortragsadministration.